

123307-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Sanierung Schottenbühlstraße- Ingenieurleistungen nach §45 ff HOAI

OJ S 36/2026 20/02/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Titisee-Neustadt

E-Mail: vergabe@titisee-neustadt.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sanierung Schottenbühlstraße-Ingenieurleistungen nach §45 ff HOAI

Beschreibung: Der Auftrag umfasst die Ingenieurleistungen nach § 45 ff HOAI in Verbindung mit Anlage 13 - Verkehrsanlagen und Ingenieurleistungen nach § 41 ff HOAI in Verbindung mit Anlage 12 - Ingenieurbauwerke, LPH 1-9 für die Sanierung der Schottenbühlstraße in Titisee-Neustadt.

Kennung des Verfahrens: 9b6ced75-798e-47ec-8649-14b51bd28447

Interne Kennung: 2026-02-18_SD

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Titisee-Neustadt

Land, Gliederung (NUTS): Breisgau-Hochschwarzwald (DE132)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXS0YBXYTU2V6KRK# - Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt (Bestbieterprinzip). - Zur Angebotsauswertung wird um die Übersendung der Angebotsdatei im PDF bzw. GAEB - Format "X84, D84" gebeten. - Bitte beachten Sie, dass der öffentliche Auftraggeber im Rahmen der Ex-post-Bekanntmachung ggf. auch den Auftragswert veröffentlicht. - Grundsätzlich erfolgt die Kommunikation über das Vergabeportal VMPCconnector: <https://www.dtyp.de/Center>, über die Funktion "Kommunikation" und in deutscher Sprache. -Mit der Freischaltung für dieses Vergabeverfahren auf der Vergabepattform verpflichten Sie sich, das Nachrichtenpostfach

des Vergabeportals für den Empfang rechtserheblicher Erklärungen in diesem Vergabeverfahren zu nutzen. Etwaige abweichende Mitteilungen/Informationen des Portalbetreibers sind unerheblich. - Angebote dürfen ausschließlich verschlüsselt (über das Bietertool) eingereicht werden. Angebote, die per E-Mail oder über die Funktion Kommunikation eingehen, werden aufgrund der Nichteinhaltung der Form gemäß § 16 Absatz 1 Nr. 2 VOB/A ausgeschlossen. Zur Angebotsauswertung wird um die Übersendung der Angebotsdatei im GAEB-Format "84" gebeten. - Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als sechs Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten. - Der Auftraggeber behält sich die Anwendung von §§ 123, 124 GWB vor. - Mit Abgabe eines Angebots verzichten die Bieter auf die Geltendmachung entstandener sowie evtl. entstehender Kosten. Der unterlegene Bieter erteilt bereits mit Abgabe des Angebotes seine Zustimmung dazu, dass das WM seine sämtlichen Angebotsunterlagen einer datenschutzgerechten Vernichtung zuführt, sollte der unterlegene Bieter nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach Ablauf der Zuschlagsfrist die Herausgabe der Unterlagen ausdrücklich verlangen. Die Kosten der Rücksendung hat der Bieter zu tragen. - Bitte beachten Sie, dass der öffentliche Auftraggeber im Rahmen der Ex-post-Bekanntmachung ggf. auch den Auftragswert veröffentlicht. -Der Auftraggeber teilt auf Antrag den Bieter die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihrer Bewerbung oder ihres Angebotes mit. Daneben werden auch die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes und der Name des erfolgreichen Bieters angegeben, vgl. § 46 UVgO/§ 19 VOB/A - Abschnitt 1/§ 62 VgV . - Sofern bereits im Angebot Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen, vgl. § 46 Abs. 2 UVgO i.V.m. § 30 Abs. 2 UVgO/§ 39 VgV/§ 12 VOB/A . Ein Angebot gilt als nicht berücksichtigt, wenn bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist kein Auftrag erteilt wurde. Der Auftraggeber behält sich die teilweise oder vollständige Aufhebung des Vergabeverfahrens vor. Die Aufhebung wird den Bieter elektronisch mitgeteilt. - Gemäß § 6 Abs. 1 WRegG ist ein öffentlicher Auftraggeber nach § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen verpflichtet, vor der Erteilung des Zuschlags in einem Verfahren über die Vergabe öffentlicher Aufträge mit einem geschätzten Auftragswert ab 30 000 Euro ohne Umsatzsteuer bei der Registerbehörde abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, an den der öffentliche Auftraggeber den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, gespeichert sind. - Gem. DSGVO Art. 6 Abs. 1 b werden im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellte, auch personenbezogene Informationen und Daten erfasst, organisiert, gespeichert, verwendet und gelöscht. Nach Abschluss des Vergabeverfahrens, des Förder- und Rechnungsprüfungsverfahrens und nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist werden die Daten gelöscht. - Der Bieter hat - auch nach Beendigung der Angebotsphase und Nichtzustandekommen des Vertrages - über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen vertraulichen Daten des Auftraggebers Verschwiegenheit zu bewahren. Unter vertraulichen Daten sind insbesondere Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sowie auch sämtliche Kenntnisse, die im Rahmen von Ausschreibungen, Vorarbeiten von Ausschreibungen oder Teststellungen erlangt werden, wie zum Beispiel die Daten der teilnehmenden Bieter, deren Preise, angebotene Geräte, Dienstleistungen oder Ähnliches, zu zählen. Er hat hierzu auch die mit der Erstellung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter zu verpflichten. Insbesondere dürfen die Vergabeunterlagen nur zur Erstellung eines Angebots verwendet werden. Ein grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Verstoß des Bieters gegen die Verschwiegenheitspflicht führt zum Ausschluss vom Verfahren und verpflichtet zudem zum Ersatz aller hieraus erwachsenden Schäden. - Eine (auch auszugsweise) Weitergabe solcher Unterlagen an Dritte ist nicht gestattet. Auch für den Fall, dass Sie sich nicht an der Ausschreibung beteiligen, sind Sie verpflichtet, über sämtliche Details Verschwiegenheit zu wahren und die Unterlagen ggf.

dauerhaft und nicht wiederherstellbar zu vernichten. - Abweichende AGB's des Bieters entfalten keine rechtlichen Wirkungen" (BGH, Urt. v. 18.06.2019 - X ZR 86/17).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Korruption:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Sanierung Schottenbühlstraße-Ingenieurleistungen nach §45 ff HOAI

Beschreibung: Die Stadt Titisee-Neustadt beabsichtigt die Infrastruktur der Schottenbühlstraße zu erneuern. Die Maßnahme hat die Versorgung aufrecht zu erhalten. Hausanschlüsse von 77 Haushalte sind bei Bedarf zu erneuern. Es soll das Mischsystem auf eine Länge von 835lfm erneuert werden. Eine Trennung des Mischsystem in Trennsystem soll in einer Variantenstudie ausgearbeitet zum Kostenvergleich erstellt werden. Ebenfalls ist die Frischwasserleitung auf eine Länge von 835lfm zu erneuern. Die Erneuerung der gesamten Straße inkl. Bordsteine Gehweg/Beleuchtung/Baumbestände muss auf eine Länge von 858lfm bzw. 8.318,37qm ausgearbeitet werden. Weiter ist die Wasserversorgung bis zum Übergabepunkt zu erneuern. Die Maßnahme ist mit anderen Versorgungsträgern abzustimmen. Während der Baudurchführung ist die Versorgung der Anwohner aufrecht zu erhalten, hierfür ist ein Durchführungskonzept zu erstellen. * Angaben zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden - Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen - Die fristgerechte Vorlage (Abgabe mit

Teilnahmeantrag) der geforderten Nachweise, Erklärungen und der vollständig ausgefüllte Bewerbungsbogen (rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle, technische, berufliche Leistungsfähigkeit, Teilnahmebedingungen) in Textform. - Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Gesamtumsatz des Bewerbers für mit der hier ausgelobten Leistung vergleichbare Leistungen im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, maximal 2 Punkte. Technische Leistungsfähigkeit Bürokapazität, Personalstärke, durchschnittliche Anzahl der festangestellten Beschäftigten in den letzten 3 Jahren mit Bezug auf die für die Leistung relevante Abteilung, maximal 4 Punkte. - Referenzen Referenzen für Aufträge nach HOAI § 45 ff in Verbindung mit Anlage 13 für Verkehrsanlagen sowie nach HOAI § 41 ff in Verbindung mit Anlage 12 für Ingenieurbauwerke muss eine Referenz abgegeben werden bei der die Leistungsphase 8 im Zeitraum von 02/2023 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung abgeschlossen wurde. Bei den anderen Referenzen muss die Leistungsphase 8 im Zeitraum von 02/2018 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung abgeschlossen worden sein. Es können maximal 5 Referenzen eingereicht werden, es müssen jedoch mindestens 2 wertbare Referenzen abgegeben werden, um im weiteren Verfahren Berücksichtigung zu finden. In die Bewertung werden jedoch nur die drei Referenzen mit der höchsten Punktzahl einbezogen (siehe Formblatt Eignungskriterien Teilnahmewettbewerb, mind. eine Referenz, die in der die LPH 8 im Zeitraum von 02/2023 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung abgeschlossen wurde). Der Auftraggeber behält sich vor, Referenzauskünfte einzuholen. Beim Kriterium Referenzen können maximal 60 Punkte erreicht werden. - Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punktzahl für die Auswahl maßgebend. Die Bewertung erfolgt nach folgender Aufstellung: maximale Punktzahl/Gewichtung/erreichte Punktzahl. Sofern mehrere Bewerber die Kriterien in gleichem Maße erfüllen, entscheidet gemäß § 75 (6) VgV das Los.
Interne Kennung: 2026-02-18_SD

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Angaben zu Optionen Stufe 1 - LPH 1-2 Stufe 2 - LPH 3-4 Stufe 3 - LPH 5-7 Stufe 4 - LPH 8-9 Die Beauftragung erfolgt stufenweise, zunächst für die Stufe 1. Es ist beabsichtigt, weitere Stufen zu beauftragen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung der Stufen 2-4 besteht jedoch nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Titisee-Neustadt

Land, Gliederung (NUTS): Breisgau-Hochschwarzwald (DE132)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/07/2026

Enddatum der Laufzeit: 04/09/2029

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch
geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme# * Befähigung zur
Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder
Handelsregister Eintragung in das Handelsregister Für den Teilnahmeantrag ist ein
Bewerbungsbogen zu verwenden, der unter <https://vergabeportal-bw.de/Satellite/notice/CXS0YBXYTU2V6KRK/documents> heruntergeladen werden kann. Zur Angabe der
Nachweise ist der Bewerbungsbogen vollständig ausgefüllt in Textform mit Angabe des
Namens der natürlichen Person einzureichen. Geforderte Nachweise sind: Soweit der
Bewerber eintragungspflichtig ist: Auszug aus dem entsprechenden Register (z. B.
Handelsregister) nicht älter als 12 Monate bezogen auf das Datum der Absendung der
Bekanntmachung oder dem vergleichbaren Register des Heimatlandes des Bewerbers (ggf. in
Kopie). Erklärung des Bewerbers, dass keine Ausschlussgründe gegen ihn vorliegen gemäß
§§ 123 und 124 GWB. Die vollständigen, abschließenden Anforderungen bzw. Bedingungen
ergeben sich ausschließlich aus den Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb. * Wirtschaftliche
und finanzielle Leistungsfähigkeit Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers für mit der hier ausgelobten Leistung
vergleichbare Leistungen nach HOAI § 45 und § 41 in Euro/netto im Durchschnitt der letzten 3
abgeschlossenen Geschäftsjahre max. 2 Punkte bei ≥ 500.000 EUR netto. Bei
Arbeitsgemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der ARGE einzeln
anzugeben. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung durch Vorlage einer gültigen
Versicherungsbestätigung bezogen auf den Tag der Abgabe des Teilnahmeantrags oder eine
Bestätigung des Versicherungsunternehmens über die geforderte Deckung für das ausgelobte
Projekt im Auftragsfall. Bei Arbeitsgemeinschaften muss eine Versicherung für alle ARGE-
Mitglieder gemeinsam nachgewiesen werden. Die Bestätigung muss also gerade auf die
Bietergemeinschaft lauten. Alternativ kann jedes ARGE-Mitglied alleine eine Versicherung in
der geforderten Höhe nachweisen, jedoch muss jeder Versicherungsbestätigung entnommen
werden können, dass die Tätigkeit der ARGE gesamtschuldnerisch mitversichert ist. Des
Weiteren muss der Versicherungsbestätigung entnommen werden können, dass die
geforderten Deckungssummen mindestens 2-fach pro Jahr zur Verfügung stehen. Die
geforderten Mindestdeckungssummen belaufen sich für Personenschäden auf ≥ 3 Mio.
EUR, für sonstige Schäden auf $\geq 1,5$ Mio. EUR. Sollten die Nachweise nicht entsprechend
vorgelegt werden, erfolgt ein Ausschluss aus dem weiteren Verfahren. * Technische und
berufliche Leistungsfähigkeit Durchschnittliche jährliche Belegschaft Zum Nachweis der
technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden entsprechende Formblätter mit den
Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt. Durchschnitt der in den letzten 3 Jahren
festgestellten Beschäftigten mit Bezug auf die für die Leistung relevante Abteilung max. 4
Punkte bei ≥ 6 festgestellten Mitarbeitern. Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Referenzen (die Angaben sind im Formblatt B1 und B2 zu machen, das Formblatt B2 ist
hierzu entsprechend zu vervielfältigen und mit 1 bis 4 zu nummerieren), Referenzportfolio,
Kontaktdaten des Auftraggebers, Auskunftsstelle, Art des Auftraggebers (informelle Angaben),
für die Referenz (Beiblatt B1) mit Abschluss der Leistungsphase 8 zwingend im Zeitraum von
02/2023 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung, für die Referenzen (Beiblatt B2)
mit Abschluss der Leistungsphase 8 zwingend im Zeitraum von 02/2018 bis zum Tag der
Absendung der Bekanntmachung, erbrachte Leistungsphasen gemäß HOAI für LPH 2-3 und 5-
8 werden 3 Punkte vergeben. Für die Erbringung der besonderen Leistung Örtliche
Bauüberwachung in der LPH 8 werden 2 Punkte vergeben und für eine Sanierung werden 3
Punkte vergeben. Für geplante Anlagen Entwässerung + Wasserversorgung werden 3 Punkte
vergeben sowie für einen geplanten Straßenkörper innerorts ebenso 3 Punkte. Wenn eine

Variantenbetrachtung Mischsystem - Trennsystem durchgeführt wurde, werden 3 Punkte vergeben und für eine Einholung einer wasserrechtlichen Genehmigung werden ebenso 3 Punkte vergeben. Auch bei Bewerbung als Arbeitsgemeinschaft können in Summe nur maximal 5 Referenzprojekte (Formblatt B1 1x und Formblatt B2 4x) eingereicht werden. Die drei besten (höchste erreichte Punktzahl / mind. eine Referenz mit Abschluss der Leistungsphase 8 zwingend im Zeitraum von 02/2023 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung) Referenzen werden gewertet. * Angaben zu einem besonderen Berufsstand Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen TGA, MED Zugelassen ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur/in zu tragen oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur/in tätig zu werden. Die verantwortlichen Planer müssen über eine angemessene Berufserfahrung verfügen. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe eine/n entsprechende/n Ingenieur/in benennen. * Zusätzliche Angaben Der Bewerber wird darauf hingewiesen, dass Antworten auf gestellte Fragen im Zuge des Teilnahmewettbewerbs (Bewerbungsverfahren) auf das Vergabeportal -bw (kommunal) eingestellt werden. Der Bewerber hat sich eigenverantwortlich laufend darüber zu informieren. Fragen zu den Unterlagen dürfen nur über das Vergabeportal gestellt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilhmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise innerhalb einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern. Ein Anspruch der Bewerber, dass der Auftraggeber von der Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht, besteht nicht. Unklare, widersprüchliche oder fehlende Angaben des Bewerbers in den Bewerbungsunterlagen gehen zulasten des Bewerbers. Sämtlicher Schriftverkehr an Arbeitsgemeinschaften wird ausschließlich über die in der Vergabeplattform von der Arbeitsgemeinschaft bekannt gegebene E-Mail-Adresse geführt. Angaben zur Verhandlung: Unter Umständen fordert der öffentliche Auftraggeber die Bieter auf, ein finales Angebot (oder auch nur Teile des Angebotes) nach Verhandlung einzureichen. Gemäß EU-Verordnung 2022 /576 ist es erforderlich, eine Eigenerklärung zum Russlandbezug abzugeben. Bindefrist: Das Angebot muss 3 Monate gültig bleiben (ab dem Schlusstermin der Eingang der Angebote). * Einlegung von Rechtsbehelfen Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit: - der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe, - der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Begründung Ausschlussgründe im Veröffentlichungstext: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Genehmigung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich für Dienstleistungsverträge

Beschreibung des Eignungskriteriums: Gewerbean- bzw. ummeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Dritterklärung): als Fotokopie oder Scan, aktuell

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung / Berufshaftpflichtversicherungsdeckung (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Dritterklärung): Vorlage einer Versicherungsbestätigung (Versicherungspolice) über das Vorliegen einer Betriebs-/ Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 3 Mio EUR für Personenschäden, 1,5 Mio EUR für sonstige Sachschäden und 1,5 Mio EUR für Vermögensschäden jeweils je Schadensfall. Gültigkeit mindestens für das laufende Kalenderjahr.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung):

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Registrauszüge - sofern notwendig bei juristischen Personen ansonsten Ausschluss

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eignungsleihe - sofern angegeben aber keine Verpflichtungserklärung vorliegt: Ausschluss

Kriterium: Studien-, technische und Forschungseinrichtungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Berufsbezeichnung - sofern Qualifikation nicht wie gefordert, Ausschluss

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Berufshaftpflichtversicherung-Personenschäden - für Personenschäden Schadensfall = oder > als 3 Mio. EUR-erfüllt - < 3 Mio. EUR- nicht erfüllt-->Ausschluss

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Berufshaftpflichtversicherung-sonstige Schäden - für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden)(Vermögensschäden) - Wenn = oder >1,5 Mio. EUR (erfüllt) - wenn < 1,5 Mio. EUR (nicht erfüllt) -> Ausschluss

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Gültigkeit der Berufshaftpflichtversicherung - Gültig--> erfüllt Nicht gültig-->Nicht erfüllt-->Ausschluss

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Berufshaftpflichtversicherung-zweifache Deckung - -2-fache Deckung-Ja--> erfüllt -keine 2-fache jährliche Deckung--> nicht erfüllt--> Ausschluss

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Durchschnittlicher Gesamtumsatz des Bewerbers -
Wenn = oder > als 500.000 EUR --> 2 Punkte Wenn zwischen 300.000 EUR 499.999 --> 1
Punkt Wenn < 300.000 EUR 0 Punkte

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens
eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 3,00

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Durchschnittliche Anzahl Beschäftigte des Bewerbers
der letzten 3 Jahre - davon eingetragene Architekten mind. 2 - wenn weniger erfolgt

Ausschluss

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens
eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 6,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Referenznachweis des Bewerbers bezogen auf das
Unternehmen - Die drei besten (höchste erreichte Punktzahl) Referenzen werden gewertet
(mind. 1 Referenz Abschluss LPH 8 02/2023).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens
eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 91,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Referenzen - Referenzen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase
können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote
ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 16/03/2026 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabeportal-bw.de/Satellite/notice/CXS0YBXYTU2V6KRK/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabeportal-bw.de/Satellite/notice/CXS0YBXYTU2V6KRK>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 02/04
/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabeportal-bw.de/Satellite/notice/CXS0YBXYTU2V6KRK>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 24/03/2026 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise innerhalb einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern. Ein Anspruch der Bewerber, dass der Auftraggeber von der Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht, besteht nicht. Unklare, widersprüchliche oder fehlende Angaben des Bewerbers in den Bewerbungsunterlagen gehen zulasten des Bewerbers.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Mittels beigefügten Formblätter

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch die Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3, Nr. 1 GWB). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3, Nr. 2 und 3 GWB). Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB)

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Stadtverwaltung Titisee-Neustadt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtverwaltung Titisee-Neustadt

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Titisee-Neustadt

Registrierungsnummer: DE142502728
Postanschrift: Pfauenstraße 2-4
Stadt: Titisee-Neustadt
Postleitzahl: 79822
Land, Gliederung (NUTS): Breisgau-Hochschwarzwald (DE132)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Projektleiter*in
E-Mail: vergabe@titisee-neustadt.de
Telefon: +49 7651206202
Internetadresse: <https://www.titisee-neustadt.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Registrierungsnummer: DE811469974
Postanschrift: Kapellenstrasse 17
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76131
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 721926-8730
Fax: +49 721926-3985
Internetadresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 363d2ac3-770e-4401-99d4-e26bdea7317c - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 18/02/2026 18:10:07 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 123307-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 36/2026
Datum der Veröffentlichung: 20/02/2026